1172/A(E)
vom 18.11.2026 (XXVIII. GP)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Jakob Schwarz, Leonore Gewessler, Freundinnen und Freunde

betreffend Berichterstattung über den Umsetzungsstand des Klima-Sozialplans

BEGRÜNDUNG

Mit der EU-Verordnung 2023/955 wurde der Klima-Sozialfonds (Social Climate Fund) eingerichtet. Der Klima-Sozialfonds (KSF) ist ein Instrument, mit dem Menschen und Unternehmen, die von der Einführung des neuen Emissionshandelssystems für den Gebäude- und Straßenverkehrssektor (ETS-II) am stärksten betroffen sind, finanziell unterstützt werden. Der Fonds soll dazu beitragen, Energiearmut zu bekämpfen und den Zugang zu emissionsarmer Mobilität und entsprechenden Verkehrsmitteln zu erleichtern.

Die Bundesregierung hat den finalen Entwurf des Plans inzwischen vorgelegt. Am 21. Oktober 2026 wurde der österreichische Klima- und Sozialplan (KSP) bei der Europäischen Kommission eingereicht. Der KSP umfasst sieben Investitionsmaßnahmen: vier im Gebäudesektor und drei im Verkehrssektor.

Bis 2032 werden Österreich aus dem Klima-Sozialfonds maximal 577,8 Mio. EUR zugewiesen, um die Maßnahmen des nationalen Klima-Sozialplans (KSP) zu finanzieren. Zusätzlich ist eine nationale Ko-Finanzierung von mindestens 25% der geschätzten Gesamtkosten des Plans erforderlich. Dadurch erhöhen sich die für Maßnahmen im KSP verfügbaren Gesamtmittel auf rund 770,4 Mio. EUR.

Ähnlich wie der Aufbau- und Resilienzplan (ARP) ist die Auszahlung der Zuschüsse nicht nur an die Genehmigung des Plans durch die Europäische Kommission geknüpft, sondern auch eine nachweisbare Umsetzung von Maßnahmen in Form von zu erreichenden Meilensteinen.

Wie auch beim Aufbau- und Resilienzplan ist die Information von Nationalrat und Öffentlichkeit über diesen Umsetzungsstand ein notwendiger begleitender Schritt. Während beim ARP die Berichterstattung vierteljährlich im Rahmen des Budgetvollzugs erfolgt, ist durch die geringere Summe und geringere Anzahl der Meilensteine beim KSP eine jährliche Berichterstattung ausreichend. Beim Aufbau- und Resilienzplan wurde die Berichterstattung an den Nationalrat durch einen einstimmig angenommen Entschließungsantrag der Abgeordneten Karin Doppelbauer umgesetzt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, dem Nationalrat regelmäßig – zum Beispiel im Rahmen des Budgetvollzugs – über den Umsetzungsstand der im Rahmen des Klima- und Sozialplans von Österreich eingereichten Programme und Projekte und die damit einhergehenden budgetären Auswirkungen zu berichten."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Budgetausschuss vorgeschlagen.

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-11-18T18:08:19+01:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	